

Griechenland, Staatsbankrott und Euro-Krise: Bernd Senf's Einschätzungen von 1996 sind höchst aktuell

(24.04.2010)

Siehe hierzu:

B e r n d S e n f

Zinssystem und Staatsbankrott (1996)

<http://www.berndsenf.de/ZinssystemUndStaatsbankrott.htm>

Auszüge aus dem Buch von

B e r n d S e n f

„Der Nebel um das Geld“ (1996)

(S. 245-246)

... „Verstärkte Transferzahlungen nach Südeuropa

Wenn wir uns konkret vorstellen, dass die produktivitätsmäßig überlegenen Länder Deutschland, Frankreich, die Beneluxländer, Österreich und Dänemark sich in einer Europäischen Währungsunion mit den weniger produktiven und in ihrer Entwicklung langsameren Ländern wie Spanien, Portugal, Italien und Griechenland befinden, so ist zu erwarten, daß es in den südlichen Ländern zu einem massiven Einbruch der Produktionsstrukturen kommen wird. Um die schlimmsten Folgen davon aufzufangen, wären Unsummen von Transferzahlungen von Mitteleuropa nach Südeuropa erforderlich – und dies zusätzlich zu den innerdeutschen Transferzahlungen von West nach Ost, und zu den Unterstützungen der Reformprozesse und des Aufbaus in den Ländern des ehemaligen Ostblocks.

Europäische Ernüchterung und Gefahr wachsender Nationalismen

Wenn schon jetzt die Bereitschaft in bezug auf die innerdeutschen Transferzahlungen bei weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung auf Grenzen stößt, ist gar nicht auszudenken, welche Widerstände sich ergeben würden, wenn Deutschland auch noch wesentliche Teile der Transferzahlungen innerhalb eines vereinigten Europa übernehmen sollte, zugunsten etwa der südlichen Länder. Es ist zu befürchten, daß

dann, wenn diese Rechnungen (in Form weiterer Steuererhöhungen und Haushaltskürzungen) präsentiert und spürbar werden, die Begeisterung für ein vereinigtes Europa und eine einheitliche europäische Währung sehr schnell nachlassen und ins Gegenteil umschlagen würde – und daß dann tatsächlich politische Strömungen immer mehr Zulauf gewinnen, die die wachsende Ausländerfeindlichkeit für ihre nationalistische Politik kanalisieren.

Die andere Alternative wäre, daß die südlichen Länder mit ihrer sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Krise von den ökonomisch stärkeren Ländern Mitteleuropas allein gelassen werden. Daraus könnten starke Wanderungsbewegungen von Arbeit suchenden Menschen in Richtung Mitteleuropa entstehen, ohne daß sich hier hinreichende Beschäftigungsmöglichkeiten bieten werden. Da in einem vereinigten Europa oder auch jetzt schon im Rahmen des europäischen Binnenmarktes keine Beschränkungen für innereuropäische Bewegungen von Menschen und Kapital bestehen, könnten derartige Zuwanderungen auch nicht mit Einreisebeschränkungen oder verschärftem Asylrecht aufgehalten werden. Es ist zu befürchten, daß unter solchen Bedingungen eine zunehmende Feindlichkeit oder gar ein Haß gegen „Südländer“ entsteht und – insbesondere in Deutschland – an alten Vorurteilen angeknüpft wird und neue aufgebaut werden.

Selbst wenn es sich um ein politisch vereinigtes Europa handeln wird und die „Südländer“ insofern keine Ausländer mehr wären, schützt eine nur politische Vereinigung nicht vor dem Aufbrechen nationalistischer oder ethnischer Konflikte, wie dies am Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion überdeutlich wird. Derartige Konflikte brechen insbesondere dann auf, wenn sich die ökonomische Krise zuspitzt und eine ethnische Gruppe sich einen deutlich höheren Anteil am Gesamtprodukt gesichert hat als andere. Bezogen auf ein vereinigtes Europa hieße das: In den benachteiligten Regionen insbesondere des Südens würden sich sehr bald Pulverfässer von Nationalismus und Extremismus aufbauen, die den Traum vom vereinigten Europa schnell zerstören und in europafeindliche Tendenzen umschlagen können.

Verstärkte Kapitalbewegungen nach Südeuropa und soziale Demontage

Die dritte Alternative wäre die, anstelle der in den strukturschwachen Regionen zusammengebrochenen und zusammenbrechenden Produktionsstrukturen neue aufzubauen, mit Hilfe des dorthin fließenden Kapitals aus Mitteleuropa. Diese Alternative schwebt vielleicht auch den Architekten von Maastricht vor: freie Bahn innerhalb Europas für die Kapitalbewegungen, und das heißt auch für die Suche nach besseren Verwertungsmöglichkeiten, insbesondere unter Ausnutzung des niedrigen Lohnniveaus und der insgesamt billigeren Standortbedingungen (z.B. auch geringerer Umweltauflagen) in den weniger produktiven Ländern.

Die zunehmende Verlagerung der Produktion bzw. bestimmter arbeitsintensiver Teile davon in diese Regionen wäre gleichzeitig ein Mittel des Kapitals, um die Löhne und sozialen Sicherungen in Mitteleuropa herabzudrücken und auf diese Weise auch dort die Arbeitskraft zu verbilligen. Und die Gewerkschaften, die jahrzehntelang um die sozialen Sicherungen gekämpft haben, ständen unter diesen Bedingungen immer mehr mit dem Rücken zur Wand und in der Defensive – weil das Kapital im Ernstfall in den billigen Süden abwandern kann. Allein schon die Androhung solcher Möglichkeiten würde die Gewerkschaften in der Durchsetzung ihrer Positionen schwächen. Die gleiche Tendenz wird sich im Umweltbereich durchsetzen, wo die Umweltauflagen, wie sie z.B. in

Deutschland bereits gesetzlich verankert sind, immer mehr unter Druck geraten dürften. Eine Europäische Währungsunion würde demnach dem großen Kapital zwar neue Verwertungsmöglichkeiten erschließen, gleichzeitig aber eine soziale Demontage und eine Demontage der Umweltstandards auch in den Ländern Mitteleuropas nach sich ziehen. In diese Richtung dürfte der Zug vermutlich fahren.

...

Mit dem Vertrag von Maastricht ging es also wohl gar nicht in erster Linie um die Verwirklichung des Traums vom vereinigten Europa, sondern um möglichst freie Bahn für das europäische Großkapital – sicherlich in der Absicht, im Kampf um die Weltmarktanteile besser gegen die USA und Japan gerüstet zu sein. Aber wenn es wirklich zu einer Europäischen Währungsunion kommen sollte, würde Europa dadurch einer harten Belastungsprobe ausgesetzt, bei der es schnell in einzelne nationalistische Splitter auseinanderbrechen könnte.

Gerade aus dem Gedanken und dem tief empfundenen Wunsch nach einem friedlichen Miteinander und Nebeneinander der Völker Europas scheint es mir dringend geboten, die geplante Europäische Währungsunion noch einmal gründlich zu überdenken – und lieber den Zug zu stoppen oder ihm eine andere Richtung zu geben, als ihn in Richtung einer tiefen sozialen, ökologischen und politischen Krise innerhalb Europas weiterfahren zu lassen.“

So ganz verkehrt scheinen diese Einschätzungen nicht gewesen zu sein.